

Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842.

Bezirks-Anzeiger

65. Jahrgang.

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft Flöha, das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Hoffberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von E. G. Hoffberg in Frankenberg i. Sa.

Er erscheint an jedem Wochentag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis vierteljährlich 1.50 M., monatlich 50 Pf. Trägerlohn extra. — Einzelnummern laufenden Monats 5 Pf., früherer Monate 10 Pf. — **Abbestellungen** werden in unserer Geschäftsstelle, den den Boten und Ausgabestellen, sowie von allen Postanstalten Deutschlands und Oesterreichs angenommen. Nach dem Auslande Versand wöchentlich unter Kreuzband.

Auftragnahmen sind rechtzeitig anzugeben, und zwar größere Inserate bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabetermins. Für **Aufnahme von Anzeigen** an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht abgenommen werden. — 51. **Telegramme:** Tageblatt Frankenberg.

Anzeigenpreis: Die 6-gesp. Petitzeile oder deren Raum 15 Pf., bei Lokal-Anzeigen 12 Pf.; im amtlichen Teil pro Zeile 40 Pf. „Eingeladene“ im Redaktionsbüro 30 Pf. Für schwierigen und labilartigen Satz Zuschlag. Für Wiederholungsabdruck Ermäßigung nach feststehendem Tarif. Für Nachweis und Offerten-Aufnahme werden 25 Pf. Extragebühr berechnet. **Inseraten-Aufnahme** auch durch alle deutschen Annoncen-Expeditoren.

Bekanntmachung für Auerwalde.

In Gemäßheit der bestehenden Vorschriften werden alle Personen, welche an diesem Ort ihre Einkommenssteuerpflicht oder ihre Vermögenssteuerpflicht zu erfüllen haben, denen aber bis jetzt die Steuergetriebe nicht haben befristet werden können, hiermit aufgefordert, wegen Mitteilung des Einkommensergebnisses sich bei der hiesigen Gemeindebehörde zu melden.
Auerwalde, am 13. März 1906. Der Gemeindevorstand. **Mehlhorn.**

Generalversammlung der Vereinigten Ortskrankenkasse Frankenberg

Sonntag, den 24. März d. J., abends 7/9 Uhr im Webermeisterhaus.

- Tagesordnung:**
1. Berichte bez. Abrechnung für Jahresrechnung 1905.
 2. Wenderung der Fassung des Nachtages zur Familienversicherung.
 3. Verschiedenes.

Die Herren Vertreter werden hierzu ergebenst eingeladen.
Frankenberg, am 15. März 1906.

Der Vorstand.

Gemeinsame Ortskrankenkasse für Ober- und Niederwiesa. Sonntag, den 25. März 1906, findet im Restaurant „zum Branhof“ Generalversammlung

- Tagesordnung:**
1. Rechnungsablage für 1905 bez. Nichtigprechung derselben.
 2. Jahresbericht.
 3. Abänderung der §§ 13 und 29.
 4. Anträge.
 5. Rassenangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
vz. **Emil Elm.**

Die geehrten auswärtigen Abonnenten ersuchen wir, die Bestellungen auf das mit 1. Januar beginnende 2. Quartal unseres Blattes bei den zuständigen Postanstalten rechtzeitig erneuern zu wollen.
Expedition des Frankenberger Tageblattes.

Das neue französische Kabinett.

Das Ministerium Sarrien hat sich nunmehr gebildet und den Eid auf die Verfassung geleistet. Sehr leicht war die Kabinettsbildung nicht, es hat langer Besprechungen mit hervorragenden Politikern bedurft, ehe diese bewogen werden konnten, in das Ministerium einzutreten, und wechelte, insbesondere Clemenceau und Boissac, stehern sich nicht allzu freundlich gegenüber, jedoch man hinsichtlich des Bestandes des Kabinetts recht begründete Bedenken haben kann. Vielfach glaubt man auch, daß das neue Kabinett in der Hauptsache nur den Zweck hat, die Wahlen zu leiten; es läßt sich auch heute noch gar nicht übersehen, welches Resultat diese haben werden und ob die Zusammenfügung der neuen Kammer nicht baldigt einen abermaligen Ministerwechsel im Gefolge haben muß. Bekanntlich trifft gerade auf die französischen Ministerien das Schillersche Wort zu: „Nichts ist dauernder als der Wechsel.“

Wahrscheinlich Vertrauen in den Bestand des Kabinetts kann man demnach kaum setzen, und der Umstand, daß sehr bekannte Politiker Parteiführer übernommen haben, ist nicht etwa gerühmt, das Kabinett fest zusammenzuführen, sondern im Gegenteil kann gerade dadurch am ehesten der Zerfall des Ministeriums herbeigeführt werden. Sarrien selbst ist zwar Kabinettschef, aber wohl nur dem Namen nach, er wird von verschiedenen Mitgliedern seines Ministeriums bei weitem übertrumpft, und er wird kaum etwas anderes sein, als der geschäftliche Leiter des Kabinetts. Er hat versucht, durch Berücksichtigung der extremen wie gemäßigten Elemente dem Kabinett einen festen Rückhalt in der Kammer zu geben, aber wie es allen recht machen will, kann sich leicht zwischen zwei Stühle setzen, wo Kowrier am eigenen Bruch verspielt hat.

Das Haupt der gemäßigten Richtung ist der neue Finanzminister Poincaré, den vielleicht die im Kabinett verbliebenen Minister des Kabinetts und der Marine unterstützen werden, während Clemenceau und Briand die schärfere Richtung vertreten. Als Bindeglied zwischen beiden Parteien kann man wohl Bourgeois bezeichnen, der nach seiner ganzen Anlage in der Politik nach innen wie nach außen stets das Prinzip der Versöhnung vertreten hat. Die interessanteste Persönlichkeit des neuen Kabinetts ist Clemenceau, der schon oft für ein Parteiführer genannt wurde, jetzt aber zum ersten Male ein solches erhielt. Kein Wunder! Gehört er doch nicht zu den Leuten, die auf der Bank der Spötter sitzen. Gar mancher Minister hätte es ihm zu danken, wenn er in der Versöhnung verharren, nachdem er in einer Polemik mit dem glänzenden Redner Clemenceau den härteren gezogen hätte. Nun hat er Gelegenheit, zu beweisen, was er wirklich kann; die seiner harrende Aufgabe ist keine leichte: die Durchführung des Trennungsgesetzes und die Vertilgung der Kowrieren. Unterstützung wird er dabei durch den Sozialisten Briand finden, dem eigentlichen Vater des Trennungsgesetzes.

Mit Bourgeois als Leiter der auswärtigen Angelegenheiten können wir in Deutschland speziell zufrieden sein; denn wenn er auch kein ausgesprochenes Deutschenfreund ist, so hat er doch gegenüber Deutschland keine Vorurteile und ist vor allem ein überzüglicher Anhänger des Friedens. Die Konferenz in Algicras stellt ihn zwar vor schwierige Aufgaben, aber nach seinem ganzen Charakter darf man erhoffen, daß er, obwohl die als letzten Akt Kowrieren an Révoil ergangenen Instruktionen den französischen Standpunkt festhalten, doch für eine Verständigung zu haben ist.

Paris. Am Mittwoch nachmittags hielt die Kammer bei vollbesetztem Hause eine Sitzung ab. Der neue Kabinettschef Sarrien gab folgende Erklärung ab:

Das Kabinett verfolge die allgemeinen Interessen der Nation. Die Regierung wünsche eine Einigung aller Republikaner und die friedliche Vornahme der Wahlen, die möglichst schnelle Durchberatung des Budgets, die Durchführung des Trennungsgesetzes

ohne Schwäche. Die Regierung werde den Beamten alle Garantien einer Vergünstigung geben, vertraue aber ihrerseits auf deren Disziplin und Achtung vor dem Gezeze zwecks Sicherstellung des öffentlichen Dienstes. Die Regierung werde nicht dulden, daß die Soldaten zum Ungehorsam angereizt würden. Ihr Zweck werde es weiter sein, die Macht der nationalen Verteidigung noch weiter auszubehnen. Die Regierung befolge eine demokratische Politik und werde alles aufbieten, damit der Senat das Arbeiterpensionsgesetz annehme. In bezug auf die Grubenkatastrophe wende die Regierung den Witwen und Waisen ihre volle Sympathie zu und verspreche eine genaue Untersuchung bezüglich der Verantwortlichkeit für das Unglück. Bezüglich der auswärtigen Politik werde die Richtschnur des vorjährigen Kabinetts befolgt werden, ganz besonders in bezug auf die nordafrikanische Politik. Die Regierung hoffe, ohne die Rechte anderer zu beeinträchtigen, daß die Forderungen Frankreichs anerkannt würden.

Die Minister kamen dann zum Schluß auf die russische Allianz zu sprechen und erklärten sich für deren Aufrechterhaltung zur Beweisleistung des Friedens. Die Erklärung wurde von der Kammer mit allgemeinem Beifall aufgenommen.

Vom Reichstag.

64. Sitzung am 13. März 1906.

Fast debattelos wurde heute der Etat des Reichsschatzamts bewilligt und ganz unermittelt stürzte man sich in den Kolonialetat. Von einer sachlichen Debatte kann nämlich kaum die Rede sein, wenigstens was die Ausführungen der Abg. Erzberger und Bebel betrifft, und das Haus selbst wie so große Läden auf, daß eine lebhaftige Teilnahme, ein bewegter oder gar leidenschaftlicher Auktionskampf gar nicht aufkommen konnte. Abg. Erzberger brachte in seiner stützigen Beredsamkeit die alten Wächler auf's Tapet, wie Offiziere die armen Eingeborenen sozusagen sportmäßig von den Bäumen herunterzuschleifen, verprügeln, schinden und mißhandeln und dafür Orden und Pensionen bekommen, wie im Koloniallande ein regelrechtes Verwundungssystem herrscht und dem hohen Reichstage gegenüber keine Offenheit herrscht, wie die modernen Reichsboten falsch unterrichtet, hinter's Licht geführt und über die wichtigsten Dinge in unklaren gelassen werden und wie demnach eine Reform von Grund auf notwendig sei. So kann es nicht mehr weiter gehen, sagt Erzberger. Dann sprach Abg. Bebel den Faden fort, ziemlich monoton und langweilig. Er ist erstaunt, daß Prinz Hohenzollern nicht sofort sich wider Erzberger erhebt. Auf den Einfall, daß die „koloniale Datschka“ auch noch den nächsten Oppositionsredner, Abg. Bebel selbst, abwarten und dann beiden antworten will, kommt er gar nicht, erst ein privates Zwischengespräch muß ihn darüber aufklären. Die Kolonialpolitik macht man, um Millionen zu zücken, sagt Bebel. Die gefangenen Schwarzen sieht man einfach nieder, dann begründet und pensioniert man die schuldigen Offiziere, zeichnet sie womöglich noch aus und mündelt sich dann, wenn Zustände und Unruhen aufstoden. In längerer Rede widerlegt Erzberger zu Hohenzollern die beiden Kolonialredner. Die Nachrichten aus Ostafrika lauten im allgemeinen befriedigend, die Fälle, die Abg. Erzberger vorgebracht, sind „etwas“ übertrieben dargestellt worden und es wird alles besser werden, wenn wir erst einen festen Stamm von erfahrenen Kolonialbeamten haben. Wenn wir mitunter koloniale Naturen, an der Schroffheit des germanischen Wesens. Das Klang alles sehr nüchtern und verständlich und in aller Gemütsruhe wurde dann um 6 1/2 Uhr die Beratung abgebrochen.

65. Sitzung am 14. März 1906.

Steter Tropfen höhlt auch ein steinernes Herz. Die ewig wiederholte Klage über die Rücksichtslosigkeit der Regierung gegen

über dem Reichstage über die Abwesenheit der Bundesratsmitglieder am Scherinstage und über die zynische Gleichgültigkeit, mit der man die schönsten Initiativanträge in den Papierkorb werfen, dieser Jammer verhält nicht mehr ungeheuer; schon am letzten Mittwoch Herr Niederberg in schönem Geste waltete, so ist es heute gar der „Groß im Balle“ selbst, der geduldig und gottgegeben die Sturzwellen der Beredsamkeit über sich ergehen läßt, die der freisinnige Initiativantrag auf Organisation des Vereins- und Versammlungsrechts entwirft. Die Frauen, so fordert Abg. Wagnitz, so wünscht es Abg. Schröder, so erläutert es Abg. Dr. Müller-Meiningen, die Frauen sollen nicht mehr in der Kirche schweigen, sie sollen an den politischen Versammlungen teilnehmen und moderat mitreden dürfen. Das jetzige Vereins- und Versammlungsrecht ist veraltet, verkündet Abg. Wagnitz, und die Nabelschnurpolitik, die in der jetzigen Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts liegt, habe zu Hunderttausenden die Wähler der Sozialdemokratie gepeigt. — So klagt Abg. Dr. Müller-Meiningen, 5 1/4 Millionen Frauen haben nach der letzten Berufsählung einen selbständigen Beruf. Wie kann man diesem steigenden Geschlecht den Zusammenschluß zur Verbesserung ihrer Lage erschweren, ja fast unmöglich machen? Auch Abg. Hoffmann bekennt sich als Freund des freisinnigen Antrages. Den Satz, die Frau gehöre ins Haus, könne man hüftunfähig nicht mehr grundständig aufrechterhalten. Und so kam man auch mit diesem Thema zu Ende, ehe man es sich recht verloh.

Vom Landtag.

zw. Die Zweite Kammer trat gestern vormittag 7/10 Uhr zur 76. öffentlichen Sitzung zusammen. Zunächst erfolgte die Schlussberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation A. betr. den zweiten Nachtrag zum ordentlichen Haushaltsetat 1904-05 und einen Nachtrag zum Finanzgesetz auf die Jahre 1904-05. Die Deputation schlug der Kammer vor, die geforderten Summen von insgesamt 2,040,000 Mark zu bewilligen.

Nach kurzer Debatte sprach die Kammer einstimmig die Bewilligung der geforderten Beträge aus. Sodann erlachte die Kammer einstimmig und debattelos die vom Landtagsauschusse abgelegte Rechnung über die Verwaltung der Staatsschulden an und verfuhr hierauf zur Beratung des das Oberverwaltungsgericht betreffenden Kapitels des Haushaltsberichts 1902-03.

Nächste Sitzung Donnerstag, vormittag 11 Uhr. Tagesordnung: Teile des Etats und des Haushaltsberichts.

Dresden. Ueber die Staatskapitel „Leipziger Zeitung“ und „Dresdener Journal“ ist sowohl der Reichshausbericht als der Etat erschienen. Die Etatüberschreitungen von 1883 betrafen den Etat 1904 betrafen bei diesem Kapitel sollen genehmigt werden. In dem Etat der „Leipziger Zeitung“, der mit einem Zuschuss von 16850 Mark eingestellt ist, soll dadurch, daß die „wissenschaftliche Beilage“ künftig nur noch einmal wöchentlich erscheint, das „Bermische“ veräußert, der Bandteil knapper gehalten wird, das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben hergestellt werden. — Für das „Dresdener Journal“, welches künftig den Etat „Königlich Sächsischer Staatsanzeiger“ erhält, wird ein abgeänderter Etat aufgestellt, in welchem der ursprüngliche Fehlbetrag von 55340 Mark auf 27081 Mark herabgemindert wird. Die Zeitung soll schon vom 1. April d. J. ab in der neuen Form als amtliches Beordnungsblatt der Regierung, der Ministerien und der Verwaltungsstellen erscheinen, jedoch die besonderen Beordnungsblätter der Amtshauptmannschaften aufgehoben werden können. Sobald der Dienstbetrieb unter den neuen Verhältnissen das gestattet, soll die Stelle eines Redaktionsmitglieds eingezogen werden; bereits vom 1. April ab sollen ein Pflanzbeizer, ein Expedient und ein Diener weg. Das Format wird verkleinert. Selbständige Leitartikel, Wochenübersichten, amtliche Korrespondenzen sollen wegfallen, Theaterkritiken, Kunstnachrichten und Mitteilungen aus Sachsen und dem Reich beschränkt werden.

Vertilches und Sächsisches.

(Der Sachstand unserer örtlichen Verhältnisse ist nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Frankenberg, 15. März 1906.

Fr. Die letztabgehaltene Stadtvorstandssitzung — am Montag — bot trotz ihrer reichhaltigen Tagesordnung nicht allzu